

## 2. Novelle der 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – Rückmeldungen aus der Befassung der Corona-Kommission bis 24.02.2021, 18 Uhr

Zusammenfassung der Befassung der Corona-Kommission:

3 Rückmeldungen von KurienvorteilnehmerInnen sind eingelangt: Kollaritsch als Fachexperte, BMJ, Land Wien

Rückmeldungen im Detail:

Name, Kurie	Datum	Bezugnehmende §§	Stellungnahme inhaltlich
Kollaritsch	24.02.2021	§ 6 Abs. 2 bis 5, Punkt 1	<p>In der Novellierung der SchuMa im § 6 Abs. 2 bis 5 unter Punkt 1 ist zu lesen: ....wenn ein Antigen-Test.... Hier gehört nach meiner Auffassung unbedingt eingefügt: ...wenn ein validierter Antigen-Test.... dessen Abnahme nicht länger als 48 Stunden zurückliegt vorliegt.</p> <p>Unter Ziffer 2 werden die Kriterien für mobile Pflege- und Betreuungsdienstleister festgelegt, wobei auch hier ein validierter Antigen-Test zu verlangen wäre und ausserdem sich eine Diskrepanz zu Ziffer 1 ergibt:</p> <p>Während unter Ziffer 1 die Tests nicht älter als 48 Stunden sein dürfen, wird unter Ziffer 2 bei völlig identen infektionsepidemiologischen Notwendigkeiten ein Test akzeptiert, der eine Woche alt sein darf.</p> <p>Für meine Auffassung ist diese Differenzierung einerseits medizinisch unverständlich andererseits ein klassischer Fall einer Ungleichbehandlung.</p>
Ahrer, BMJ	24.02.2021	Allgemein	<p>Von Richter*innen wurde dem BMJ mitgeteilt, dass manche Heime den Kontakt von Heimbewohner*innen mit einer*einem Richter*in im Rahmen einer Erstanthörung zur Prüfung der Bestellung einer*eines Erwachsenenvertreterin*Erwachsenenvertreters als "Besuch" werten, was dann dazu führt, dass die Besuchsbeschränkungen (nach dem nunmehrigen Verordnungs-Vorschlag [§ 10 Abs. 2 Z 7] wären das zukünftig zwei Besuche pro Heimbewohner*in pro Woche) durch eine solche Erstanthörung weiter beschränkt werden. Das wird in den Heimen österreichweit offenbar sehr unterschiedlich gehandhabt. Aus Sicht des BMJ ist eine Anrechnung solcher Erstanthörungen bei den Besuchen weder sinnvoll noch im Sinne der Verordnung. Ein Gerichtstermin bei einem Heimbewohner ist kein "Besuch". Hinzu kommt, dass die Tätigkeit der Gerichte eigentlich vom Anwendungsbereich der Schutzmaßnahmen-Verordnung ausgenommen ist.</p>

			<p>Aus unserer Sicht sollte dies ohnehin schon aufgrund des jetzigen Verordnungstextes klar sein. Allerdings wäre es angesichts der offenbar uneinheitlichen und teilweise falschen Handhabung in der Praxis hilfreich, wenn das in geeigneter Weise klargestellt werden könnte. Denkbar wäre aus unserer Sicht die Aufnahme eines entsprechenden Hinweises in die rechtliche Begründung.</p> <p>Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das Besuchskontingent für Kranken- und Kuranstalten (§ 11 Abs. 2 Z 3) nicht erhöht würde, obwohl dort derselbe Bedarf wie in Alten- und Pflegeheimen und vergleichbaren Einrichtungen der Behindertenhilfe bestehen kann.</p>
Müller, Land Wien	24.02.2021	Z 2 (§ 2 Abs. 2)	<p>Sofern zum eigenen privaten Wohnbereich nur die Wohneinheiten in stationären Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe (und nicht die gesamten stationären Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe) zählen sollen, hätte der entsprechende Begriff „stationären“ zu lauten. Jedenfalls gibt es hier eine Diskrepanz zwischen dem Entwurf und dem beigelegten Kunsttext.</p>
		Z 3 (§ 6 Abs. 6)	<p>Aus der Formulierung geht nicht eindeutig hervor, wer laut dieser Bestimmung einen negativen Test vorlegen muss. Es sollte daher die Formulierung „wenn ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 vorliegt, (...)“ insofern näher konkretisiert werden, als ausdrücklich hervorkommen sollte, von wem genau (Dienstleister und/oder Kunde) ein negatives Testergebnis beigebracht werden muss.</p> <p>In redaktioneller Hinsicht wird angemerkt, dass im Einleitungssatz des Abs. 6 der Klammerausdruck „(ASchG)“ und in Abs. 6 Z 2, zweiter Satz nach dem Begriff „Erbringer“ die Wortfolge „mobiler Pflege- und Betreuungsdienstleistungen“ zu lauten hätte.</p> <p>Im Hinblick auf Z 3 des Entwurfes darf in redaktioneller Hinsicht angemerkt werden, dass allenfalls auch der Verweis auf § 6 Abs. 2 bis 7 in § 5 Abs. 1 Z 3 anzupassen wäre.</p>
		Z 7 (§ 10 Abs. 2 Z 4)	<p>Es wäre klarzustellen, ob pro Besuch zwei Besucher zulässig sind.</p>
		Z 9 (§ 10 Abs. 2 Z 7 und Abs. 7)	<p>Angemerkt wird, dass in der „Rechtlichen Begründung“ auf die „ausdrückliche Nennung dieses Fakultativprotokolls“ (zum Übereinkommen über Rechte von Menschen mit Behinderung – mit demselben BGBl. kundgemacht) Bezug genommen wird, in die gegenständlichen Bestimmungen jedoch nur der Hinweis auf das Übereinkommen über Rechte von Menschen mit Behinderung selbst aufgenommen wird.</p>

		Z 10 (§ 10 Abs. 6)	In § 10 Abs. 6 wäre überdies nach der Wortfolge „das Alten- und Pflegeheim“ eine entsprechende Ergänzung vorzusehen.
		Z 11 (§ 10 Abs. 7)	Bemerkt wird, dass im Hinblick auf die nunmehr vorgesehene Ergänzung der Bestimmungen des § 10 Abs. 5 und 6 um stationäre Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe unklar ist, ob eine entsprechende Ergänzung des § 10 Abs. 7 mit Absicht unterblieben ist.
		Z 12 (§ 11 Abs. 2 Z 8 und Abs. 5)	In § 11 Abs. 2 Z 8 ist die Wortfolge „Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, BGBl. III Nr. 190/2012“ nicht enthalten.
		Z 13 (§ 11 Abs. 3)	Nach der „Rechtlichen Begründung“ sollen durch den Entfall des Begriffes „nicht-medizinische“ die Vorgaben für Betretungen durch externe Dienstleister vereinheitlicht werden. Angemerkt wird, dass dies insofern nicht zur Klarheit der Regelung beiträgt, als § 11 Abs. 3 auch eigene Vorgaben für Gesundheits- und Pflegedienstleistungserbringer enthält.
		Z 14 (§ 11 Abs. 5)	Die Regelung, wonach Abs. 3 sinngemäß anzuwenden ist, ist insofern schwer verständlich, als Abs. 3 für verschiedene Personengruppen (teils) unterschiedliche Regelungen enthält.
		Z 18 (§ 22 Abs. 3)	Nach der Paragraphenbezeichnung „§ 22 Abs. 1“ wäre die Wortfolge „in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. xx/2021“ zu ergänzen.
		Rechtliche Begründung	<p>Es wird angemerkt, dass die Bestimmungen des § 13 Abs. 7 und 8 nicht Gegenstand des Verordnungsentwurfes sind.</p> <p>Auch, wenn die Bestimmung des § 5 Abs. 3 Z 1 nicht Gegenstand der vorliegenden Novelle ist, wird nochmals angeregt, die Gültigkeit von molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 zur Inanspruchnahme von körpernahen Dienstleistungen aufgrund der höheren Sensitivität auf 72 Stunden zu verlängern. Dies begründet sich damit, dass ein breites bevölkerungsweites Screening - als Voraussetzung für allfällige Lockerungsschritte - nur mit Gurgelabnahmen für PCR-Testungen zu schaffen ist, da alle anderen Methoden eine Abstrichnahme durch entsprechend qualifiziertes Personal erfordern. Auch zeigt die Erfahrung, dass am Anfang der infektiösen Phase zeitgleich abgenommene Anitgen-Tests oft noch ein negatives Ergebnis zeigen, während der PCR Test bereits positiv ist. Die</p>

			Berücksichtigung der Auswertungszeit für den PCR Test bei der Dauer der Gültigkeit gewährleistet damit das selbe Sicherheitsniveau.
--	--	--	---